

Berlin, den 06.03.2012

Zusammenfassung der Übergabe der Unterschriften und des anschließenden Gesprächs mit der Bildungssenatorin Frau Scheeres am 02. März 2012

Am Freitag, den 02.03.2012, versammelten sich rund 250 angestellte Lehrkräfte Berlins vor der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, um 3000 Unterschriften an die Bildungssenatorin Scheeres zu überreichen.

Mit diesen forderten Berliner Lehrkräfte von über 100 Schulen die Gleichstellung von angestellten Lehrkräften mit ihren beamteten Kolleginnen und Kollegen, um die Konkurrenzfähigkeit des Berliner Schulsystems wieder herzustellen und ein hochwertiges Bildungsangebot für die Jugend der Stadt zu sichern. Symbolisch brachten viele Lehrkräfte Umzugskartons mit, um zu signalisieren, dass Berlin die Abwanderung seiner Nachwuchskräfte in andere Bundesländer riskiert.

Die Übergabe der Unterschriften gestaltete sich zunächst etwas turbulent, da der vorgesehene Raum für die vielen Anwesenden zu klein war – das Anliegen mobilisierte eine so große Anzahl von Lehrkräften, dass zwischenzeitig sogar die Polizei gerufen wurde, um den Zugang zum Gebäude zu verhindern.

Die Übergabe der Unterschriften konnte schließlich im Foyer des Senatsgebäudes durchgeführt werden, im Anschluss folgte dann ein Gespräch mit Frau Scheeres im kleineren Kreis. Das Gespräch führten Florian Bublys („Bildet Berlin!“), Torsten Ulrich („Verbeamtung Jetzt!“), Christian Häuser („Netzwerk Soziale Gerechtigkeit“) sowie einige Schulvertreterinnen und Schulvertreter.

Grundsätzlich wurde von Seiten der Bildungssenatorin deutlich gemacht, dass die Forderungen von „Bildet Berlin!“ angesichts der allgemeinen Haushaltslage des Landes Berlin kaum erfüllt werden könnten; eine Gleichstellung sei demnach nicht absehbar. Verwiesen wurde in diesem Zusammenhang auf Erfolge wie die Eingruppierung in die Erfahrungsstufe 5 oder die aktuell beschlossene Reform der Lehrerausbildung in Berlin. Letztere wurde gleichzeitig als eine Zäsur hinsichtlich der Qualitätssicherung im Berliner Schulsystem hervorgehoben.

Die von „Bildet Berlin!“ geäußerte Sorge, dass durch die anstehenden Pensionierungswellen sowie Abwanderungstendenzen von Junglehrern die enorme Anzahl von offenen Stellen in den nächsten Jahren nicht besetzt und somit die Bildungsqualität im Berliner Schulsystem gerade nicht gesichert werden könnten wurde mit dem Verweis auf den intendierten Ausbau von Quereinsteiger- und teach-first-Programmen sowie dem PKB-System negiert. Auch die zahlreichen Hinweise aus dem Plenum darauf, dass sich aus eben diesem Vorgehen zum Teil unhaltbare Zustände in den Schulen ergeben und gleichzeitig Stellen für entsprechend ausgebildete Kräfte verbaut würden, konnten an der positiven Bewertung der genannten Maßnahmen von Seiten der Senatorin nichts ändern. Tatsächlich wurde signalisiert, dass über andere Lösungen erst nachgedacht werden könne, wenn in zehn, zwanzig Jahren festgestellt werden würde, dass der Lehrerberuf nicht zu decken sei und Qualitätseinbußen von Bildung erkennbar würden. Bis dahin müssten die möglichst kostenneutralsten Wege beschritten werden, um die Attraktivität für Nachwuchskräfte und insgesamt die Qualität des Berliner Schulsystems zu sichern. Diesen Weg hält „Bildet Berlin!“ für fahrlässig und verantwortungslos.

Zwar hätten die Haushaltsberatungen einen Aufwuchs von 300 Millionen Euro für den Bildungsbereich ergeben, allerdings seien diese durch die weitere Absicherung der Nebenabrede sowie Gebäudesanierungen und den Ausbau des Ganztags schulbetriebes insgesamt trotzdem knapp bemessen.

Auf die vom Plenum mehrfach hervorgebrachte Frage, aus welchem Grund beamtete Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern übernommen würden, wurde nur ausweichend geantwortet. Insgesamt wurde von Seiten der Senatorin festgestellt, dass solche Fälle selten seien. Geäußert wurde in diesem Zusammenhang die Überlegung, dass Berlin langfristig keine beamteten Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern mehr einstelle.

Es bleibt zum Schluss auf die wiederholt vorgebrachte Beteuerung hinzuweisen, dass im Senat fortwährend nach Lösungen gesucht und die Belange von Lehrkräften sehr ernst genommen würden. Es wurde die Absicht signalisiert, weiter im Gespräch zu bleiben. Frau Scheeres verwies in diesem Zusammenhang auch auf ihr „Beschwerdemanagement“, dem die zahlreich aufgezeigten „Einzelfälle“ gemeldet werden können. Sie sei sehr daran interessiert, Missstände zu beheben.

„Bildet Berlin!“ stellt fest, dass der Senat unsere Auffassung der Notwendigkeit politischen Handelns zur Sicherstellung der Berliner Schulqualität und der Herstellung von Gerechtigkeit nicht teilt. Aus Sicht des Senats steht offenbar die statistisch korrekte Abdeckung des Unterrichts vor der Absicherung von dessen Qualität. Der Senat riskiert wissentlich die Abwanderung qualifizierter sowie engagierter Lehrkräfte und versäumt es somit, der Berliner Jugend langfristig die beste Ausbildung zu ermöglichen.

„Bildet Berlin!“

Initiative für Schulqualität